

# Riesaer Tagblatt

Drahtumschrift: Tagelöhne wie es.  
Herrn auf Nr. 20.

ମୁଦ୍ରଣ କାର୍ଯ୍ୟକ୍ରମ ପତ୍ର ୧୦୨

Das Niesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Niesau. Das Niesauer Tageblatt

Rechtsform: Träger: 153

Städtebauamt Dresden  
Fritzstraße 10a, D-80

M-49

**Mittwoch, 22. Oktober 1921.**

---

98-2-1

**Das Brieser Tageblatt** erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorabgabung, für den Monat Januar 1924 2 Mark = 10 Pf. entgangen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorauß zu bezahlen; eine Gewähr für das Gefeiern an bestimmten Tagen und Fällen wird nicht übernommen. Ausgaben die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige getraubelter und tabellierter, d. h. auf 50° aufgebildet. Zeile 120. Gewährleistung der Arbeit erlischt, wenn der Vertrag verjährt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Abholung und Versandpost-Rate ist durchgehend unverändert. **Gründlicher Anmerkung** - Um Fälle höherer Gewalt - Krieg oder sonstlicher irgendwelcher Störungen des Betriebes des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsbeamten drohen - hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises. **Notationsdruck und Verlag:** Vanger & Winterlich, Riesa. **Geöffnetstelle:** Goethestraße 59. **Verantwortlich für Redaktion:** Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenleitung: Wilhelm Pittrich, Riesa.

# Die große politische Ansprache im Reichstage.

## Der Reichskanzler als Verteidiger der Notgesetzgebung.

vbg. Berlin, 26. Februar 1924.

Präident Dr. Graebel, Vizepräident Dr. Dölle.  
Präsident Doebe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.  
und gedenkt des Ableses des Abg. Dr. Moeslitz (Dnat.),  
der vorzüglich in Schlesien unerwartet gestorben ist. Der  
Präsident hebt hervor, daß die Berufsschwestern Dr. Moeslitz  
siehen als einen Führer von ungewöhnlichen Gaben ver-  
schriften, dessen rastlose Eingabe und unermüdlichen Arbeits-  
siften sie schätzten. „So wurde er ihr Vorsitzender in den  
verschiedensten Parlamenten, wie haben ihn“, so führt der  
Präsident fort, „kennen gelernt als einen Mann, der sachlich  
und gründlich mit zäher Energie, aber auch mit Vor-  
sichtkeit seine Gedanken verfocht.“ — Das Haus ehrt das  
Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

## **Erste Sitzung des Ratstaats.**

Verhunden damit werden die zahlreichen Anträge auf Aufhebung und Änderung der Motverordnungen der Regierung.

## Regierung. Reichstagswahl.

erhält sofort das Wort. Er führt etwa folgendes aus:

Als am 8. Dezember vorigen Jahres der Reichstag durch das Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung die Vollmacht erteilte, Maßnahmen zu treffen, die im Hinblick auf die wachsende Not von Volk und Staat dringend erforderlich waren, waren es drei Ziele, die damals allen, denen es ernstlich darum zu tun war, Reich und Volk vor dem drohenden Verfall zu retten, als erstrebenswert vor Augen standen: **Wertbehaltung des Währungsstandes**, wie sie durch die vom Kabinett Stresemann eingeleiteten Reformen geschaffen worden war, ferner **Balancierung des 1924 vorzulegenden Etats** und endlich die **Wiederbelebung der Wirtschaft**. Bei der großen Zahl von Verordnungen, die die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen hat, haben ihr stets die oben gekennzeichneten Ziele voneinander ab. Ob die Verordnungen in ihren Einzelheiten überall das richtige getroffen haben oder der jeweils eingeschlagene Weg der einzige mögliche war, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Die Regierung will auch in keiner Weise die Kritik an ihren Maßnahmen beschränken, aber sie kann sich mit rubigem Gewissen das Recht ausschreiben, daß sie mit Ausübung aller Kraft die unter den augenblicklichen Verhältnissen möglichst vollkommene Errreichung der Ziele erstrebt hat. Bei objektiv rubiger Urteilung der ergangenen Verordnungen wird man zugeben müssen, daß es der Regierung im großen und ganzen gelungen ist, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Die bedeutungsvollste Tatsache für unser Wirtschaftsleben ist, daß die Mark seit Mitte November auf derselben Werthöhe geblieben ist. Die goldenen Seiten des Spekulanten- und Schieberiums sind hoffentlich für immer vorüber. Der Haushalt, wie er in rohen Umrissen bei Separationssozialverträgen vorgelegt werden konnte, balanciert hinsichtlich der inneren Ausgaben des Reichs, freilich nur unter mehreren Voraussetzungen, deren wichtigste die freie Verfügung über die Steuern und Höhe auch des Rhein- und Ruhrgebietes ist. Den Ländern und Gemeinden sind die erforderlichen Steuerquellen zur Balancierung auch ihrer Haushalte zugewiesen. Aus der Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen und Arbeiter ist eine langsame Erholung der Wirtschaft zu erkennen und das Vertrauen der Bevölkerung zum Staate ist wieder erstaucht. Allerdings muß unser Wirtschaftsleben noch so lange als unsicher angelebt werden, solange noch die Erfolge unserer Wirtschaft an Rhein und Ruhr von fremder Militärgewalt abgebunden ist. Leider konnten die Erfolge nur erreicht werden durch ungemein harte, rücksichtslose Maßnahmen, die unweigerlich für manche Familien schwere Not und harte Entbehrungen mit sich gebracht haben. Das diente dabei in erster Linie an die Personalausbauverordnung,

Hierzu gehört ferner die außerordentlich geringen Goldgehalte der Beutten, die Verlängerung der Arbeitszeit, die Frage der Aufwertung, gewisse Einschränkungen der sozialen Leistungen, die schwer treffenden Steuern, die in weitem Umfang die Substanz angreifen, die namentlich auch die Landwirtschaft schwer belasten und damit Gefahren für die Volksernährung auslösen. Die Reichsregierung hat sich immer und immer wieder die Frage vorgelegt, ob sie tatsächlich so schwere Lasten und Entbehrungen dem Volke auferlegen durfe, aber die Reichsregierung hat oft unter Widerstreben ihres menschlichen Empfindens unentwegt den Weg der Flucht innegehalten. Sie war sich dessen bewusst, daß es sich in allem um das eine Große handelte: Den Zusammenhalt des Reiches, das Fortbestehen und die Fortentwicklung der deutschen Nation zu sichern. Es gibt keinen anderen Weg: Entweder beihen wir die Söhne zusammen, nehmen eine Zeit lang auch schwere Lasten und Karren auf uns, oder es wird ein anderer Mensch

Wirtschaft wieder in Gang kommt oder wie erfreuen uns vielleicht noch einmal für eine kurze Spanne Zeit an der Gellenklase anscheinenden Wohlgeehens, verlieren aber dabei sicher den festen Stand der Währung und geben dem endgültigen Zusammenbruch unseres ganzen Volkswesens und auch des Einzelnen entgegen. Geraten wir noch einmal in eine Inflation, dann ist jeder Versuch, unsere Mark zu stabilisieren, vollkommen aussichtslos, dann ist unter wirtschaftlicher Ruin und damit das Schicksal unseres Volkes besiegelt. Das ist nicht nur die Meinung einzelner Sachverständiger, das ist die übereinstimmende Meinung des Auslandes und aller einsichtigen Teile unseres Volkes. Mit dieser Einsicht unserer Volksgenossen ist es bisweilen freilich noch recht schlecht bestellt. Man hatte erwartet, daß die Regierung mit einem großen Wurf die gesamte Lage bessere. Zu unserem mit Illusionen stark durchsetzten Volke wird eben leider nie der Glaube austreten, daß eines Tages doch noch eine Regierung kommt, die wie mit einem Zauberhabe alles zum Guten verwandelt. Diesen Unverbefflerlichen muß gefragt werden: Den Stein des Weisen haben wir nicht gefunden, wie mußten den Dornenweg gehen und in nächster, müßiger Kleinarbeit unserem gequälten und gedrückten Volke neue Schwere auf die Füner in dieser Form kaum extröglische Kosten auferlegen, in der Hoffnung, daß wir es auf diesem Wege aus der Wüste des Elends und der Ungewißheit herausführen.

Freilich wird ohne Besserung unserer außenpolitischen Lage alle Mühe und Arbeit nur Staubwerk sein. Wir appellieren in der Reparationsfrage nicht an das Missfeld, sondern an die Vernunft der Welt, an den gesunden Menschenverstand, der allein den Zusammenbruch Europas verhindern kann. Sehr spät, wenn auch nicht zu spät, scheint die Vernunft auf dem Markt zu sein. Das Reparationsproblem ist Deutschlands Schicksalsfrage. Auch andere Staaten leiden an schwerer Verhüllung an das Ausland, aber hinter ihrem Schildungsuntermögen lauert nicht, wie bei uns, die teils aktionsbereite politisch-militärische Vollstreckung. Keinem anderen Kriegsteilnehmerstaat droht militärischer Einmarsch oder wirtschaftliche Gewaltmaßnahme der Gläubiger. Daher begrüßen wir, daß endlich Wirtschaftsführer mit der Prüfung der Reparationsfrage betraut sind, und leben ihre Entscheidung, zwar ohne übertriebenen Optimismus, doch mit Zuversicht entgegen. Wie unser Volk in seiner tausendjährigen Geschichte nach Leid und Entbehrung immer wieder sieghafte Höhen ersteigern hat, wird auch der jeweile Heimweg wieder in eine lichte Zukunft führen, wenn wir starkmütig und entsagend die Opfer für die Errettung und das Glück unserer Kinder bringen. Insbesondere erwarte ich von den deutschen Beamten treue Pflichterfüllung und Hingabe. Auch in die Volksvertretung lege ich das Vertrauen, daß sie das Vorgehen der Regierung billigen wird, wenn sie ohne Vorurteil die Verordnungen der Regierung unter dem Gesichtspunkte der großen Ziele betrachtet. Die Aufwertungsfrage wird noch von dem zuständigen Reichtumminister näher begründet werden. Mit dem Bewußtsein der Pflichterfüllung sieht die Reichsregierung auf ihre mildevolle Arbeit und erwartet, daß die Volksvertretung ihre Zustimmung nicht versagen wird, mag nachher auch in Einzelheiten eine andere Regelung als besser erscheinen. Kritik können wir nicht, und wir werden gern Verbesserungsvorschläge entgegennehmen. Pflichtgemäß muß sich der Reichstag von ernstem Verantwortungsgefühl durchdringen lassen bei der Frage, ob er die Verordnungen aufheben will. Das Ermächtigungsgesetz spricht nur von Aufhebung, nicht von Abänderung, Abänderungsnachtrag. Und alle zusätzlichen

Eine Abänderung der Verordnungen kann nur durch neue Gesetzesvorlagen oder vom Reichstag durch Initiativ-anträge herbeigeführt werden. Manche Verordnungen mögen im Augenblick nicht wesentlich sein, aber eine große Zahl der Verordnungen ist so wesentlich für die Erreichung unserer Ziele, daß ihre Auhebung den Erfolg völlig in Frage stellen würde. Diese Verordnungen sind den Parteien als solche bezeichnet worden. Es ist nicht eine Laune der Regierung, sondern ein harter Pflichtwillen, wenn die Reichsregierung erklärt, daß sie ihr ganzes Reformwerk gefährdet und gar vernichtet sieht, wenn eine dieser unumgänglichen Verordnungen aufgehoben oder wesentlich verändert würde. Sie erklärt, daß sie angeichts der Bedeutung dellen, was auf dem Spiele steht, bei der Annahme eines Auhebungsantrages sich genötigt seien würde, die nach ihrer Ansicht pflichtgemäßen Folgerungen daraus zu ziehen und beim Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu beantragen in der Überzeugung, daß es sich in einem solchen Falle für das wirtschaftliche und nationale Leben des Volkes um unentbehrliche Maßnahmen handeln würde. Dasselbe gilt auch von der Annahme von Initiativ-anträgen, die eine wesentliche Abschwächung der als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen bedeuten würde. Die Regierung fordert entschieden das Hohe Haus auf, solche Anträge, die bereits gestellt sind, zurück abzulehnen. Naturgemäß gelten diese Auverordnungen nur solange, bis die Röe einigermaßen behoben ist. All dann ist die Regierung somit die Kuhhalterin, aber Nachkommung

der lebenswichtigen Notverordnungen selbst vorzunehmen oder auch auszulassen. Zurzeit aber muss sie jede Veränderung der Verordnungen als für das Gesamtwohl von Staat und Volk bedrohlich und deshalb unmöglich ablehnen, die das Ziel der Stabilisierung der Währung und der Balancierung des Haushalts in Frage stellt.

Die Regierung wird sich mit aller Entschiedenheit einen solchen Beginnen widerleben und alles, was in ihren Arbeiten steht, tun, um es zu verhindern. Einige Verordnungen tragen freilich endgültigen Charakter, insbesondere die Aufwertung, bei der endlich Ruhe in unsrer Wirtschaftsleben kommen muß. Wer die Aufwertungsregelung in Frage zieht, macht sich schuldig, doch die Kreditlinie nicht behoben wird. Kredit ist das Lebensbedürfnis unseres Volkes. Auch von der Beratung lebenswichtiger Verordnungen im Reichstag auszuschließen muß Abstand genommen werden. Auskunftsanträge in der Auslandsspreize über angeblich ungünstige Ausbeutungen der auswärtigen Sachverständigen entlasten schon die deutsche Mark an den Auslandbörsen vorübergehend und erschüttern und die Auslandsspreize wichtiger Bedarfsartikel zu heigen. Der noch immer stabile Stand unserer Währung kann auch durch kleine Vorkommnisse gefährdet werden. Eine langwierige Verhandlung z. B. der Steuernotverordnungen würde eine verderbliche Stockung in der Steuererzielung zur Folge haben und die Länder in größte Schwierigkeiten bringen. Die Bitte, von Kommissionserörterungen abzusehen, ist mit den Grundsätzen der Demokratie durchaus vereinbar. Das Ermächtigungsgesetz war eine Willensfestigung des Reichstages, im Einklang mit dem demokratischen Gebanen unserer Verfassung. So muß auch die Ausübung dieser Vollmachten den Schutz des Parlaments finden; andernfalls würde der Sinn dieses Grenzen geöffnet und das Gesetz zur Farse werden. Das Reifer wahre Demokratie könnte nur verkümmern, wenn das Parlament in der Zeit der Not alle geschäftsfördernden mitschaffenden Möglichkeiten eröffnen und damit die Idee durch die Form erdrücken würde. In interstaatlichen Verhandlungen mit den Parteien will die Regierung einzelne Bestimmungen beraten. Die Stabilität unserer finanziellen und wirtschaftlichen Lage darf nicht zur Plattform des Kampfes der Parteien werden. Wir müssen das Fleisch und das Leben der Nation retten. Das steht höher als Parteidoktrin und Wahlaffinität. Fleisch, was die Regierung action hat, soll dem Wohle von Reich und Volk, der Rettung vor dem Untergang dienen. (Schäffer Meiss)

Die Rede des Reichskanzlers wurde vom Hause im Ganzen ruhig aufgenommen. Die bürgerlichen Parteien wollten dem Reichskanzler lebhafte Beifall am Schlusse seiner Aufführungen, nur bei der äußersten Linken erzielte vereinzelter Widerstand.

In der Aussprache, für die die Rebezeit auf Ränsvier-  
telstunde verlängert wurde, nimmt als erster Redner das  
Wort:

Abg. Müller-Franken (Soz): Wenn der Reichskanzler von der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung gesprochen hat, so nimmt die Regierung hoffentlich nicht an, daß sich irgend eine Partei durch solche Neuerungen irgendwie in ihrer sozialen Stellungnahme zu den Verordnungen wird beeinflussen lassen. Keine Regierung, welcher politischen Richtung sie auch angehören mög., wird die Revolutionärpolitik vermeiden können. Die Politiker der Rechten wollen die Kosten der Reparationen auf die Arbeiter abwälzen. Die beabsichtigte Herbeiführung einer Verhandlung zwischen Deutschland und Frankreich begrüßen wir. Die Handhabung des Ausnahmestandes und des Ermächtigungsgesetzes bietet Anlaß zu schärfster Kritik. Man kann der Republik wirtlich nicht den Vorwurf machen, daß sie zuviel Republikaner und Demokraten in die Verwaltung gebracht hätte. Die reaktionären Kreise haben die Hitlerkrippe soviel ganz anders verstanden. Der Redner will nicht, daß für die Abgebauten eine Instanz geschaffen werde, an die sie sich wenden könnten. Die Hungergehälter der Beamten bedürfen der Aufhebung, alle Einkommen über 8000 Mark müßten dazu herangezogen werden. Der vorgenommene Ausbau bedeutet einen Rückschritt. Wir fordern, daß in der Riedeckung gleichwidriger Zustände kein Bandesverrat erblidt werden darf. Die Regierung müsse endlich das Washingtoner Abkommen über den Wichtundoten ratifizieren. Der Ausnahmestand sei verfassungswidrig. Die Kosten für den Ausnahmestand seien ungeheuer groß. Man sollte die Gelder lieber zu besserer Verteilung der Schups verwenden. Eine Nachprüfung der zahllosen Notverordnungen könne ohne Beeinträchtigung unserer Währung erfolgen. Die Ansicht des Reichskanzlers, daß die erlassenen Verordnungen ein Ganzen bilden, können wir uns nicht an eignen machen.

Die furchtbare wirtschaftliche Not nötigte zur Sparfertigkeit auch auf sozialpolitischen Gebiete. Ich halte die Notwendigkeit der Sozialpolitik nach wie vor aufrecht. Vor allen Dingen ist die Pflicht, die sozialen Verhältnisse zu verbessern.

**Achtung! Lose einlösen! Ziehung 5. Klasse 184. Lotterie vom 5. bis 17. März 1924**





## Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Münkel.

4. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Das alles schoß ihm blitzschnell durch den Kopf, als Molys Gatte sich neben ihm niedergesetzt hatte.

"Aun, du bist ja wie auf den Mund gefallen, Mag," sing er wieder an und hielt ihm das schäumende Glas Bier hin, um mit ihm anzustoßen.

"Wenn du auch nicht reden willst, mag' wenigstens deine Lüse zum Bierschlucken auf."

"Meine Lüse, wie du dich so poetisch ausdrückst, ist durchaus nicht zugelassen. Ich wundere mich nur, wie du dich entwickelt hast."

"Ja, das macht die Waldluft, das gute Bier und . . . ."

"die gewilderten Nebelöde," warf Rechtsanwalt Prollius ein.

"Sei du ja still, du Rechtsverbrecher, sonst las ich dich auf einen Hirn binden und durch die Bulau heben."

Die Bulau war der tiefe mächtige Laubwald, in dessen verschwiegenem Innerem das Forsthaus Wolfgang lag. Mit dem Namen Bulau wachten plötzlich wieder alle schmerzlichen Erinnerungen in Mag auf, und nur zögernd ließ er sein Glas mit dem des Oberförsters zusammenstoßen, als dieser jetzt auf die Bulau und die goldenen Jugendjahre mit ihm anstieß.

"Weißt du, Mag, um ein Uhr holt mich meine Alte hier mit dem Wagen ab. Du kannst gleich mit uns hinausfahren und bei uns bleiben. Sie wird sich sehr freuen. Manchmal noch kommt sie deine alten Gedichte aus und liest sie. Ich glaube wahrhaftig, ihr zwei beiden habt so ein bisschen Schiller und Lauta gespielt, ehe ich davongekommen bin. Was?"

Mag war auf Tiefste erschrocken, und nur mit Mühe konnte er antworten:

"Das war bedeutungslos, Karl."

"Über es war doch der Fall. Siehst du, ich hab's ihr immer vorgehalten. Sie hat mich ja auch nie eine Zeile lesen lassen von den Gedichten. Na, alter Karl, die Primanerliebe soll leben! Komm mit hinaus heute, schöner Tag, was Anständiges zu trinken findet! Du hol uns immer und nachmittag gehen wir in den Wald hinaus, schreien, wie in jungen Jahren."

"Ich danke dir wirklich, Karl, aber ich kann leider nicht."

"Ich kann nicht, kann nicht, der Mensch kann alles."

"Diesmal nicht, denn ich bin verlegt."

"Verlegt heißt gar nichts. Las den alten Onkel sitzen und komm mit uns."

"Der alte Onkel bin ich," mischte sich jetzt der Direktor ins Gespräch, "und wenn Sie sich so despöttisch über mich ausdrücken, dann werde ich auf andere Weise Rache an Ihnen nehmen."

"Ich verstehe Sie schon," antwortete lächelnd der Oberförster.

"Nein, das Überlassen ich Herrn Dr. Müller, der ja von heute ab Ordinarius der Quinta ist."

"Hast nicht gelesen, da muß ich mich ja erst recht an dich halten, hau ihn, soviel du willst, aber recht fröhlich, der Bengel kann's vertragen. Viel Verstand hat er nicht, aber dafür desto mehr Knochen und Muskeln wie sein Vater."

"Stimmt," rief der Rechtsanwalt Prollius über den Tisch. Der Oberförster stieß ein paarmal seinen Stab auf den Boden und drohte dann dem Juristen mit der geballten Faust.

"Komm du mir nur wieder zur Treibjagd, dich werd' ich anstellen."

Dann wandte er sich zu Mag: "Siehst du, so wird man auf seine alten Tage von dieser Gesellschaft eingeklappt, und schließlich brauchen Sie mich doch alle. Da kommen Sie aber nicht selbst, sondern schicken mir Ihre Weiber auf den Raden. Da heißt's dann zudürfen: Ach, liebster, bester Herr Oberförster, ich muß einen Rehbrüder haben, ich muß, ich muß. Der Teufel soll's euch holen, wartet nur, ich tränk's euch ein. Hammel sollt ihr fressen statt Reh und alle meine Räden statt Hasen."

"Eine angenehme Aussicht," warf der Direktor ein. "Da Sie nicht, Direktorchen, mit Ihnen muß man sich halten, wenn's auch nur um der lieben Brut willen ist."

"Wann bringen Sie denn Ihren Kleinsten?"

"Überwintern kommt er. Er ist mir noch ein bisschen zart, und meine Alte will ihn noch ein Jahr zu Hause behalten."

In diesem Augenblick fuhr ein Wagen vor den "drei Hasen" vor und hielt.

"Seht ihr, da hat man's. Wenn man den Wolf nennt, fällt er in die Grube. Da ist sie schon und holt mich ab."

Er stand geräuschvoll auf, öffnete das Fenster und rief hinaus:

"Komm einen Augenblick herein, Alte, eine Überraschung."

Mag wollte das Herausstecken, mit aller Gewalt

zog sie er sich zusammen. "Es mußte Ihr ja gegenüberstehen, mußte sie freundlich begrüßen und durfte Sie nichts merken lassen. Viel Zeit zum Belinnen hatte er nicht, denn schon öffnete sich die Tür, und die hohe Frauengestalt trat in die niedrige dämmernde Gaststube.

Da stand sie nun vor ihm, der gefürchtete Augenblick war da. Sie sahen sich in die Augen, und ihre Hände, die sie einen Augenblick ineinander hielten, gitterten heftig. Sie war noch so schön wie vor Jahren, da er im Schmerz von ihr gegangen. Dieselben ungründlichen Augen blitzen ihn an, nur der Mund hatte etwas Herbes, als ob das Seid des Lebens nicht spürlos an ihr vorübergegangen wäre.

"Kun, was startt ihr euch denn an, als ob ihr euch erst belinnen müßtet, wo ihr hingehört. Kennst du deiner Jugendgespielien nicht mehr, Moln?"

"Ich freue mich aufdrückt, Sie wiederzusehen," begann Mag mit bewundernswürdiger Festigkeit, und sie antwortete in demselben Ton:

"Ich heiße Sie herzlich willkommen in der alten Heimat, Herr Doctor."

Man merkt den beiden an, die Szene hatte etwas Peinliches für sie, besonders, da aller Augen sich auf sie richteten. Karl Ritter war aber nicht der Mann, etwas derartiges zu empfinden, oder gar einen Versuch zu machen, die unangenehme Situation abzufügern, im Gegenteil, er verschärfe sie noch.

"Was, ihr Heuchler," brüllte er, "sitzt unter einem Dach aufgewachsen, Jugendgespielien, Jugendfreunde und sagt Sie zueinander? Wollt ihr euch gleich duschen, da ich sag doch der Teufel 'rein!"

"Aber Karl, die Seiten haben sich doch geändert," bestand Mag mit ruhiger Würde.

"Hat sich gar nichts geändert. Wenn Moln auch meine Alte ist, braucht sie dir deshalb doch nicht die Freundschaft zu kündigen."

"Du mußt das ganz dem Empfinden der gnädigen Frau annehmen und darf sie nichts hineinreden."

"Kein Mann hat recht, und so heiße ich dich denn nochmals herzlich willkommen."

"Das wollte ich dir auch geraten haben."

Molly lächelte ihrem Gatten müde an und verbeugte sich schnell gegen die Unwesenden, um der Situation, die ihr unendlich peinlich war, ein Ende zu machen. Über Ritter war noch nicht fertig.

"Was, du willst schon weiter? Geh' dich einmal hierher."

"Rein, ich muß nach Hause."

## Amtliches.

Die Schweinepest unter dem Schweinebestande des Gütesiegels Mag. Gebre in Holzhain ist erloschen. Großenhain, am 25. Februar 1924.  
8458 E. I. Amtshauptmannschaft.

Schlossstelle los, od. später!  
Unt. E. 955 an Tabl. Niela.

Erhöhung

8 Sim. Rücken. Subbör. m. Gas, in Neu-Großna gegen gleiche od. größere in Niela od. Großna zu tauschen geachtet. Öfferten mit. P. 956 an das Tocoblatt Niela.

Gleichig, evtl. Mädchen als Aufwartung für %, Tag gesucht.

Frau E. Voehr,  
Vektologialstraße 13.

Wirtschaftsmädchen-  
Gefüll.

Für sofort ab 15. März  
fehliges, ehrliches Wirt-  
schafts-Mädchen gesucht.  
Dasselbe muß gut melden  
können. Familienancluß  
gewährt.

E. Schurig, Gutsbet.  
Briewitz d. Großenhain.

## Drehstrom-Motore

— 220/380 Volt —  
fabrikneu, erstklassige Fabrikate, 1-25 PS, zu ganz  
besonders billigen Preisen sofort ab Vater lieferbar.

**Max Baumgürtel,**  
Großhandlung  
Dresden 24, Telefon 41514.

**Rheinländer! Blützer! Westfalen!**  
Landsleute aus den besetzten  
Gebieten am Rhein!  
Deutsche Männer und Frauen!

Möllt ihr halten, was ihr am Rhein- und  
Westfälisch eurer Heimat, euren bedrängten  
deutschen Volksgenossen im Westen gehört, dann  
tretet ein in die Reihen des Reichsverbandes  
der Rheinländer, der großen, von dem Ge-  
dankt heimatischer Treue getragenen väter-  
ländischen Vereinigung zur Pflege junger  
Verbundenheit zwischen den Rheinlanden und  
dem Reich.

Ausschneiden und senden an  
Reichsverband d. Rheinländer, Berlin W. 10  
Siegismundstraße 7.

Ich trete Ihrem Verbande bei.

Name, Stand: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_

## Kammer-Lichtspiele.

36 Pläte.

Ab morgen Donnerstag der große gewaltige  
sensationelle Abenteuerfilm aus der  
Zeit des Sklavenhandels:

36 Pläte.

## MIT STANLEY

36 Akte. im dunkelsten Afrika. 6 Episoden.

### I. Teil: Sklavenhandel.

Herner ein amerikanischer Lustspieltheater.  
Täglich 2 Vorstellungen, 7 und 9 Uhr. Jugendliche haben keinen Zutritt. Wegen der hohen Kosten kleiner Preisauflschlag. — Heute bleibt das Theater geschlossen.  
Um gütigen Besuch bittet der Besitzer Karl Marek.

## Restaurant Bürgerhof.

Freitag bis mit Sonntag  
**Bockbier-Ausschank.**

Freitag  
**Nacht-Schlachtfest.**

Von 5 Uhr an Bier.  
Nacht, alles andere  
wie bekannt.

Musikalische Unterhaltung.  
Grauenhaft laden ein Oswald Lößner u. Frau.

Wir empfehlen:

**Pa. Weißes Schweineschmalz**

Pfund 73 Pf.

**Ein Schläger!**

**Ein Schläger!**

**Schokolade, 100 Gramm 28 Pf.**

**Pa. Kaugummi**

Pfund 45 Pf.

**Pa. Kunsthonig**

Pfund 95 Pf.

**Garotten 2 Pf. Vose 95 Pf.**

wieder verkauft hohe Rabatte.

**Thams & Garfs**  
Hauptstraße 54.

## Vereinsnachrichten

Chorverein. Donnerstag, 28. 2., 8 Uhr Damen,  
9 Uhr Herren. Meistersinger-Schlusssene.  
Wichtige Mitteilungen.

## Verein junger Landwirte

Niela und Umgegend.

Sonntag, 2. März, 1,8 Uhr nachm. im Saale der  
Elbterrassen. Vorlesung von Herrn Landtagsabgeordneten Schreiber-Witzow über

## Politik und Landwirtschaft.

Es werden hierzu alle Mitglieder und die Herren vom Landbund eingeladen. Der Vorstand.

## Extra billiges Angebot!

Nessel, Barchen, Blaue, Zephie, Satin glatt  
und bunt, Frotti, Schürzenstoffe empfiehlt

## Ulligs Nestergeschäft.

Liebe Mutter!

Sei nicht böse! Der Name uns Dasein  
nimmt meine ganze Zeit und Kraft in Anspruch  
und jeder Tag ist mir zu kurz, um die viele Arbeit  
bewältigen zu können. Trotzdem werde ich allen  
Gesuchten schreiben, daß Du uns leben willst  
und wir kommen dann alle zu unserer guten  
Mutter in das alte Nest.

Dein treuliebender Sohn Thomas.

Für die schönen Geschenke und Glückwünsche  
zu unserer Silberhochzeit lagen wie hierdurch  
allen unserer

herzlichen Dank.

Robeln, 24. Februar 1924.

Louis Reichel und Frau.

Die Geburt eines gesunden

Töchterchens

zeigen hoherfreut an

Paul und Utti Müller.

Gräbs, Schloßstraße 2,  
am 26. Februar 1924.

Wer würde sich an einer  
Reise um die Welt  
zu Pferd

beteiligen? Werde werden  
gestellt. Ernstgym. Off. ord.  
unt. 6 957 an Tabl. Niela.

## Nagut

Geflügelgefutter

% dem Morgengefutter  
angelegt, bewirkt unauffällig  
viele Eier, auch im  
Winter bei den strengsten  
Räten. — Warmer Wanbo,  
Demmerde i. W. breit am  
24.12.: Bitte wieder 60 kg  
reines Nagut aussenden,  
da sich das Futter glänzend  
bewährt hat. habe in dies-  
Monat von 85 Süßnern  
schon 285 Eier erhalten,  
heute allein 17, gestern 16,  
vorgestern 18 Eier. Für  
den Winter halte ich kein  
Besteck mehr.

Zu haben bei:

A. G. Hering & Co. Niela.

## Hofhaar

faul jeden Vollen

zum Tagespreis

Ja. Otto Sriegler

# Der erste Tag des Hitler-Prozesses.

**M**ÜNCHEN. Die Verhandlungen wurden gestern vorzeitig 8.45 Uhr im Gebäude der Infanterieschule an der Blücherstraße durch den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Reichenbach, eröffnet. Zum Schutz des Gerichtsgebäudes waren umfangreiche polizeiliche Sicherungsmaßnahmen getroffen worden. Sämtliche Angeklagten, mit Ausnahme des Zeugen Vogler, sind in Privatkleidung erschienen. Hitler und Ludendorff begrüßten einander mit Handschlag. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte Oberlandesgerichtsrat Stenglein, der frühere Polizeipräsident von München, sein Gesundheitsaufstand sei sowohl wiederhergestellt, daß er den Verhandlungen folgen könne. Punkt 9 Uhr erhob dann der Erste Staatsanwalt Dr. Stenglein die Anklage gegen die ersten neun Angeklagten: Hitler, Ludendorff, Voelker, Dr. Erid, Dr. Weber, Bräuer, Röhm, Vogler und Kriebel auf Hochverrat, gegen Pernet auf Beihilfe zum Hochverrat. Die Anklageschrift verlas Staatsanwalt Dr. Thalbitz. Die Verleugnung der Schrift, die 40 Seiten umfaßt, nahm ungefähr 1.30 Stunden in Anspruch.

Im weiteren Verlauf des Prozesses hörte Staatsanwalt Dr. Stenglein den Antrag, die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da die öffentliche Verhandlung der Sache eine Gefährdung der sozialen Sicherheit und Ordnung herbeiführen könnte. Die Erdörterung der Angelegenheit werde Dinge zur Sprache bringen, deren Erdörterung in öffentlicher Verhandlung schwer gefahren für den Staat, namentlich in außenpolitischer Richtung, herbeiführen würde. Gegen diesen Antrag erhob Reichsanwalt Dr. Hoss in Namen der Verteidigung Einspruch. Dr. Hoss bittet das Gericht, sowohl wie möglich, die Dinge in volkshoher Leistungsfähigkeit zu behandeln. Nach der Verteidiger Brückner, Richter Auhof, trat für Ablehnung des Antrages ein. Die Angeklagten hören persönlich jede Anfrage dafür, daß sie jedesmal das Gericht darauf aufmerksam machen, wenn sie etwas zu sagen haben, was den Interessen des Deutschen Reiches und Bayerns schädlich sein könnte. Richter Beschnik, einer der Verteidiger Ludendorffs, betont, daß der Staatsanwalt seinen Antrag schon vor Verleugnung der Anklageschrift hätte stellen müssen. Der Verteidiger Hitlers, Reichsanwalt Röder, erklärte, daß der Antrag in dieser umfassenden Form den Angeklagten durchaus nicht gerecht werde. Die Angeklagten würden keinerlei Dinge in der Öffentlichkeit zur Sprache bringen, die das Vaterland irgendwie schädigen könnten.

Das Gericht läßt hierauf nach kurzer Beratung folgenden Beschuß: Für die Verhandlung über den Antrag des Staatsanwaltes wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen, zugelassen sind nur die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden.

Kurz vor 12 Uhr wurde die Öffentlichkeit wiederhergestellt. Ein Beschuß über den generellen Ausdruck der Öffentlichkeit wurde vom Vorsitzenden nicht verkündet.

Der Gerichtshof trat sofort in die Bekanntmachung der Angeklagten ein. Als erster wurde Adolf Hitler aufgerufen, der kurz ein Bild über die Beweggründe zur Tat seine Darlegungen machen zu lassen. Um eine Unterbrechung dieser Darlegungen zu vermeiden, wurde die Sitzung kurz vor 12 Uhr auf 2.30 Uhr nachmittags vertagt. Der Vorsitzende legte Hitler nahe, seine Ausführungen zwar er hören, aber nicht zu weitläufig zu machen. Hitler stimmt durch Kopfnicken zu.

In der Nachmittagsstunde gab der Angeklagte Hitler zunächst einen Überblick über seine Jugend, in der er bereits in frühen Jahren sich auf eigene Faust hätte helfen müssen. Er sei aus Wien als Antisemit und fanatischer Nationalist nach München gegangen. Schon damals habe er die Überzeugung gewonnen, daß, wenn Deutschland nicht in der Lage sei, das marxistische Problem zu lösen, es niemals den Krieg gewinnen würde. Dann erzählte Hitler seine Militärzeit, den Beginn der Revolution und die Kriegerperiode. In diese Zeit sei auch die Gründung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei am 22. 7. 1921 gekommen. Der Vorsitzende schluß vor, Hitler über die Beweggründe zur Tat seine Darlegungen machen zu lassen. Um eine Unterbrechung dieser Darlegungen zu vermeiden, wurde die Sitzung kurz vor 12 Uhr auf 2.30 Uhr nachmittags vertagt. Der Vorsitzende legte Hitler nahe, seine Ausführungen zwar er hören, aber nicht zu weitläufig zu machen. Hitler stimmt durch Kopfnicken zu.

In der Nachmittagsstunde gab der Angeklagte Hitler zu-

nächst einen Überblick über seine Jugend, in der er bereits in frühen Jahren sich auf eigene Faust hätte helfen müssen. Er sei aus Wien als Antisemit und fanatischer Nationalist nach München gegangen. Schon damals habe er die Überzeugung gewonnen, daß, wenn Deutschland nicht in der Lage sei, das marxistische Problem zu lösen, es niemals den Krieg gewinnen würde. Dann erzählte Hitler seine Militärzeit, den Beginn der Revolution und die Kriegerperiode. In diese Zeit sei auch die Gründung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei gekommen, aus der Erkenntnis heraus, daß das marxistische System die Vernichtung jeder Kultur bedeutete. Das Ziel der neuen Bewegung sei daher auch die Vernichtung des Marxismus gewesen. Die Novemberrevolution 1918 werde als gelungener Hochverrat bezeichnet. Hochverrat sei das ein-

ige Verbrechen, das nur dann bestraft werde, wenn es nicht gelingt.

Die Tat des 8. 11. 18 sei aber nicht Hochverrat ge-

wesen, sondern Sonderverrat. Für die Nationalsozialisten bleibe die Tat des 8. 11. der Volkstod gegen die kämpfende Armee. Seine Partei verfolgte zwei Ziele: die Massenauflösung und Schaffung einer Einheitsstellung mit dem Zweck, den marxistischen Terror zu bekämpfen. Im Herbst 1922 sei zu erkennen gewesen, daß das Aufruhr verloren gehen werde. Die Frage der Erhaltung des Autonomiebereichs konnte nicht eine Frage rein passiven Verhaltens sein, sondern in erster Linie eine Frage der Wiedererweckung des deutschen Willens. Damals habe er dem General Löffler erklärt, daß der vorsätzliche passive Aufstand das Ende des Ruhrkampfes bedeute. Die ganze Entwicklung des Ruhrkampfes habe den Nationalsozialisten Recht genehmen. Hitler berührte sodann das seinerzeitige Verbot der mehrere nationalsozialistischen Massenversammlungen. 1920 habe er sehr lernen gelernt, von dem er persönlich den Eindruck eines biederem, ehrenhaften Beamten gewonnen habe; mehr aber nicht. Röhr habe niemals die eiserne Faust geschlagen, um Ordnung zu schaffen. Seinerseit sei ein Grund für das Versammlungsverbot nicht angegeben worden, erst später habe er erfahren, daß diese Versammlungen infolge von Putzabschaffung unterlaufen wurden. In diesem Falle wäre es aber selbstverständlich gewesen, daß Herr von Röhr ihn — Hitler — sofort hätte verhaften lassen. Röhr aber habe nur die Hitlervertreter begüßt und eine Erklärung über die Stellungnahme der Nationalsozialisten verlangt. Überstiegen habe niemals erklärt, daß die Verhandlungen an sich nicht verboten worden seien, sondern das Verbot sei nur eine Auswirkung des Ausnahmestandards.

Bei einer Beratung mit Reichs-Münchner sei dieser für eine Aufnahme des Kampfes mit dem Norden eingetreten. Er — Hitler — habe aber erklärt, daß der Kampf gegen Berlin nicht in einer Verkleidung bürgerlicher Freiheit geführt werden könne. Zum Teil Löffler vertrat Hitler die Auffassung, daß der General damals den Geschopf seiner vorgesetzten Stelle ist ähnlich verwirkt habe. Löffler hätte an diesem Konflikt nur als Sieger oder als Gefallener hervorgehen können. Wenn ein General in dieser Stellung seiner vorgesetzten Stelle den Geschopf verweigere, dann müsse er entweder zum leichteren und äußersten Kampf entschlossen sein, oder er sei ein gewöhnlicher Meuterer und Rebellen. Er habe damals Löffler erklärt, daß Volk habe erwartet, daß jetzt der Kampf gegen die Novemberverbrecher mit aller Rücksichtslosigkeit aufgenommen werde, und er habe weiter zu Löffler gesagt, es gebe nur drei Möglichkeiten, entweder den begonnenen Kampf zu Ende zu führen oder aber eine Kapitulation oder als leichter Ausweg sich nach auswärtiger Hilfe umzuschauen. Löffler habe das letztere sofort entgegengestellt, abgelehnt und auch eine Kapitulation als ausgeschlossen erklärt. Alsdann kam es! In dieser Unterredung habe er (Hitler) weiter gesagt, daß noch seiner Meinung Pöhner als Diktator in Frage kommen könne, der der energischste und fähigste Kopf sei.

Hitler schloß zusammenfassend: Ich bin nicht schuldig. Ich

bekenne mich zur Tat. Es gibt keinen Hochverrat bei einer gegen den Bundesvertrag von 1918 gerichteten Handlung. Ich fühle mich nicht als Hochverräter, sondern als Deutscher, der das Beste für sein Volk gewollt hat. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte Hitler, die weitere Entwicklung habe er sich so gedacht, daß eine unzureichende Welle in ganz Deutschland losbrechen würde. Wenn General von Seeckt die Abstimmung gehabt hätte, von sich aus loszutreten, hätten die Ereignisse in München die Entwicklung der Dinge in Berlin beschleunigen müssen. Hitler bittet noch, falls die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen werden sollte, dann alle für die Öffentlichkeit nicht geeigneten Ausführungen machen zu dürfen.

Sodann erfolgt die Vertagung auf Mittwoch vormittag.

beitsweise, die eines Fachbeamten unwürdig ist, muß unbedingt ein Ende gemacht werden. Gestellte Nachlässigkeiten werden von jetzt ab gründlich untersucht und die Verantwortlichen bestraft.

Der Vertreter des Präsidienten Dräsele.

Umsetzung des BTB: Die Regie gibt also umgehend zu, daß die Eisenbahnbefähigkeitsprüfung bei keinem Gedanken trostlos sind. Ob in diesem Falle Selbstverständlichkeit auch der erste Schritt zur Besserung ist, muß man nach den seitigen Erfahrungen leider bezweifeln.

Rigorose Pash- und Zollkontrolle.

**H**AMMEN. Seitdem die französische Pash- und Zollkontrolle von Scharnhorst nach Dortmund-Hauptbahnhof verlegt ist, wird sie hier unter Aufsichtnahme der deutschen Zollbeamten, die ständig unter Aufsicht französischer Zollbeamten arbeiten müssen, in der rigorosesten Weise gehandhabt. Namentlich bei dem Verkehr in der Richtung Hamm-Dortmund spielen sich bei Unfall in Dortmund-Szenen ab, die an die Vorformen in den ersten Tagen des Kubanerbruchs erinnern. Sobald der Zug am Bahnsteig eingeschlagen ist, läuft das Publikum, sobald es die Verhältnisse bei den Zollbeamten kennt (mindestens 500 und mehr Personen), ins Gleis mit Kosten und Zoffen auf die Pash- und Zollstelle los; denn wer zuletzt kommt und als einer der letzten abgesertigt wird, muß öfters 1-2 Stunden warten, bis die Abreitung beendet ist. Menschen, die Anschläge nach Bochum, Essen, Düsseldorf usw. haben müssen, werden hierbei besonders betroffen. Bei dieser Eile, der Eile zu sein, entsteht ein solches Gedränge, daß Frauen und Kinder zu Boden geworfen und getreten werden, die Kleider werden den Reisenden buchstäblich vom Leibe gerissen. Der französische Beamte, welcher die Pash präst, hat seinen Platz erhöht auf einem Tisch oder Stuhl eingenommen, um nicht vor der Menge mit fortgerissen zu werden. Die Pash werden eingehend geprüft. Die Zollkontrolle ist äußerst scharf; fast alle Reisegepäck werden abgesetzt, ob sie zollpolizeiliche Gegenstände an ihrem Körper verborgen haben. Den Frauen werden die kleinsten handtaschen geöffnet. In unmittelbarer Richtung (Dortmund-Hauptbahnhof-Hamm) sammeln sich die Reisenden auf der Treppe zum Bahnsteig an und warten dort zusammengepfercht auf Weiterfahrt durch die Kontrollorgane beim Betreten des Bahnhofsgebäudes.

In Bulgarien vollkommenste Ruhe.

**B**ERLIN. Nach einem gestern nachmittag bei der bulgarischen Gesandtschaft aus Sofia eingegangenen Telegramm sind die im Ausland verbreiteten Nachrichten über eine in Bulgarien ausgebrochene kommunistische Revolution vollkommen unaufdringlich. In Sofia wie überall im ganzen Lande herrscht Ruhe.

## Sachsen und der Ausnahmezustand. Keine Sonderregelung für Sachsen.

Die Nachrichtenstelle des Staatskanzlei teilt folgendes mit:

Die Behandlung des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern mit dem Reichsverwaltung und dem Reichsminister des Innern, die am Montag in Berlin stattfand und an die sich eine weitere Besprechung mit dem Reichspräsidenten anschloß, hat an der Vereinbarung bestanden, daß Sachsen in bezug auf den Belagerungszustand genau so behandelt werden wird, wie alle anderen Länder des Reiches.

Wie hierzu aus Berlin berichtet wird, bietet das Problem der gleichmäßigen Behandlung aller Reichsteile in dieser Angelegenheit noch mancherlei Schwierigkeiten, so daß vorerst noch eine weitere Besprechung sowohl innerhalb der Reichsregierung als auch zwischen dem Reich und den Ländern stattfinden müssen. Man sieht jetzt in der Reichsregierung, wie der "Vormärz" will, dem Plan anzusehen, den militärischen Ausnahmezustand aufzuheben, aber gleich darauf den zivilen Ausnahmezustand einzuführen. Dieser würde den Volksau in wesentlichen in die Hände der Landesregierungen legen, dem Reichsinnenminister Farces aber die Befugnisse der überordneten vollziehenden Gewalt geben, die jetzt General v. Seekt besitzt.

## Grimmung der Gütertarife.

### Erhöhung der Personentarife.

**B**ERLIN. Um dem Bedürfnis der Reichsbahn nach Steigerung ihres Umlandes und ungleich dem Bedürfnis des deutschen Volkswirtschafts Rechnung zu tragen, werden mit Aufzimmung der Reichsbahnrechnung die Gütertarife einschließlich des Tiertarifs und des Kohlenausnahmetarifs am 1. März um weitere 10 Prozent erhöht. Bestimmte Ausnahmetarife bleiben von der Grimmung ausgeschlossen.

Die Einnahmen der Reichsbahn müssen aber auf alle Fälle aufgestockt werden; es ist daher eine gleichzeitige Regulierung der Einheitsfäste im Personentarife nötig. Die leitenden Sätze in der 3. und 4. Klasse sind noch die Friedenssätze und deßen darum bei weitem nicht die Selbstkosten. Diele Reichsbahn in der Höhe von rund 1 Million Goldmark täglich, über 200 Millionen Pfennig, der den Güterverkehr betrifft belastet, bedroht die Allgemeinwirtschaft, um den Personentarife zugunsten des einzelnen Reisenden zu schonen. Die aus der 3. Klasse kommende, belaubende hohe Versteuerung der 1. Klasse hat bei den heutigen Verhältnissen zu ihrer Verbindung und zur Abteilung des internationalen Reiseverkehrs auf Reisekosten geführt, die Deutschland weichen. Die Fahrpreise werden nunmehr vom 1. März ab 3 Pf., in der 4. Klasse, 4,5 Pf. in der 3. Klasse, 6,5 Pf. in der 2. Klasse und 9,5 Pf. in der 1. Klasse befragt. Das bedeutet eine Erhöhung gegen den Friedenspreis um 30%, in der 4. und 3. Klasse, 47% in der 2. und 37% in der 1. Klasse. In den internationalen Reiseplankonferenzen ist die Höhe des Tarifs für die 1. und 2. Klasse wiederholt als Hindernis für die Einleitung internationaler Durchgangsstrecke für Deutschland bezeichnet worden, sodass eine weitere Erhöhung hier verfeindlich wirken muss. Um den Bedürfnissen des Person- und Viehtransportes Rechnung zu tragen, werden die Preise der Monatskarten, der Schülermonatskarten, der Wochenkarten, der Kurz-arbeiterwochenkarten und der Arbeitsreisekarte sowie der Erhöhung angenommen. Für den Ausflugsverkehr sind die Tageskarten ausgedehnt worden, außerdem werden die Tageszeit Sonderzüge zu ermäßigten Preisen gefahren.

### Termin der Reichstagswahlen.

Durch die Anordnung des Reichsinnenministers, daß die Gemeinden die Reichstagswahllokale bis zum 23. März fertigstellen müssen, ist eine Unzulänglichkeit entstanden, wann der frühere Wahltermin sein könnte. Nach § 12 des Reichswahlgesetzes müssen die Wahlstunden spätestens vier Wochen vor dem Wahltag acht Tage lang ausliegen. Diese Bestimmung ist aber durch eine Verordnung aus dem September 1923 außer Kraft gesetzt worden und die Abstimmung des Wahltages ist dem Reichsminister des Innern überlassen. Die vierjährige Frist besteht also nicht mehr. Die Vermutung, daß der Wahltermin der 6. April sein würde, kann, wie wir an zuständiger Stelle hören, als richtig angenommen werden.

### Die englische Note

#### betreffend die Militärkontrolle.

**V**ATERS. Die englische Note, betreffend die militärische Kontrolle in Deutschland, ist der Vorstaatenkonferenz überreicht worden und wird auch dem internationalen Militärkomitee zur Kenntnisnahme angezeigt werden. Neben ihren Inhalten glaubt der Temps zu wissen, daß Macdonald die Überführung der Kommission sowie sämtlicher Militärkontrollkommissionen vorstellt und als Erstes die Einlegung eines interalliierten Komites vorschlägt. Diese Kommission würde mit einer Inventurannahme der Bestände Deutschlands an Waffen, Militär und Mannschaften beauftragt werden.

### Aussperrung in der Berliner Metallindustrie.

In 53 Betrieben der Berliner Metallindustrie sind gegenwärtig Aussperrungen der Arbeitnehmer vorgenommen worden. Zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern der Berliner Metallindustrie waren Vereinbarungen getroffen, wonach die Arbeitgeber vereinbart, wenn sie sollten, die Arbeitszeit bis auf 54 Stunden wöchentlich auszudehnen, sowie dies die wirtschaftliche Lage erfordert. Da sich nunmehr die Drücke geweckt haben, in diese Verlängerung einzwilligen, so lange Arbeitstage vorhanden sind, werden gestern die ersten Ausverkündigungen statt. Die Zahl der Ausgepriesen beträgt ungefähr 800 Mann.

### Um den 9. Stundentag in den Werkstätten.

Auch in Hamburg, wo ein gleicher Schiedsentscheid geöst war, leanten die Arbeitnehmer diesen Schiedsentscheid mit großer Mehrheit ab. Nur in einzelnen Werkstätten blieb die Arbeitsszeit zwar über die 8 Stunden in der Werkstatt, doch ohne zu arbeiten. Die Werkstätten haben dabei beschlossen, die sich weigenden Arbeitnehmer strikt zu entlassen; betroffen wurden davon rund 20.000 Arbeitnehmer. Die gleichen Entlassungen sind auch in Bremen, Flensburg, Kiel und anderen Werkstätten ausgesprochen worden, sodass am Mittwoch die Werkstätten in allen Küstenvororten still liegen dürften.

### Die gegenwärtige Kapitalnot.

Die Betriebsmittelknappheit hat in der Industrie Fortschritte gemacht, die Arbeitnehmer die Betriebsmittelknappheit mit großer Mehrheit ab. Nur in einzelnen Werkstätten blieb die Arbeitsszeit zwar über die 8 Stunden in der Werkstatt, doch ohne zu arbeiten. Die Werkstätten haben dabei beschlossen, die sich weigenden Arbeitnehmer strikt zu entlassen; betroffen wurden davon rund 20.000 Arbeitnehmer. Die gleichen Entlassungen sind auch in Bremen, Flensburg, Kiel und anderen Werkstätten ausgesprochen worden, sodass am Mittwoch die Werkstätten in allen Küstenvororten still liegen dürften.

stellen sich ferner außerordentlich teuer, insbesondere im Verhältnis zum Auslande, das seine Geschäftszüge mit Krediten zu Industrie hat weiterhin nicht nur mit belastbaren hohen Produktionskosten zu rechnen, sie hat auch die schwere Konkurrenz mit den Dumping treibenden westlichen Staaten, die infolge besserer Kapitalkraft lange Zahlungsziele geben können, zu befürchten. Aufgrund mangelnder Kaufkraft im Auslande kann die Industrie es auch nicht wagen, bei Auslandsgegenstücken auf sofortiger Bezahlung zu bestehen. Der Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller hat sich daher zwecks Belebung dieser außerordentlichen Notlage an die Reichsregierung gewandt, um eine Ermächtigung oder Verbilligung der Kredite herbeizuführen. Er hat wesentliche finanzielle Ermächtigungen für die Halle gefordert, in denen vor der Industrie ausländische Kredite in Anspruch genommen wurden. Um eine größere Flüssigkeit des Kapitalmarktes zu erreichen, hat er ferner eine Herabsetzung der Börsenumschläge vorgeschlagen. Damit wird eine Verbilligung des Imports und Exports in auswärts Grenzen zu erreichen sein, da sich die Finanzmärkte auf dem Standpunkt stellen, das grundätzlich sämtliche Geschäfte, bei denen Waren gegen ausländische Zahlungsmittel umgesetzt werden, auch börsennotierter verpflichtend sind. Es ist zu hoffen, dass auf Grund der dringlichen Vorstellungen auch die Reichsbank zu einer Herabsetzung der Ausschläge bereit ist und dem Beispiel der Reichsbank danach auch die privaten Banken folgen werden. Insbesondere ist zu erwarten worden, die Reichsregierung für eine Ermächtigung von Wechselschreitern und eine Wiederbelebung des Schiedsverfahrens in normalen Grenzen zu interessieren. Als notwendig erachtet es der genannte Verband schließlich, die gegenwärtige Kapitalnot zu lindern, da von der Regierung alles getan wird, damit die Exporten in der Welt ein Verbreitung wieder in Funktion treten können, die vor dem Kriege für unseren Außenhandel charakteristisch war, und Handel und Industrie die Konkurrenz mit dem Auslande wesentlich erleichterten. Es ist zu hoffen, dass die Reichsregierung den ihr von berufenen Seiten gemachten Vorstellungen bekennt und in weitestem Maße Rechnung trägt.

### Um die Regelung der Aufwertungsfrage.

**Berlin.** Der Verband des Deutschen Banks- und Bankiersgewerbes, der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Reichsverband der Deutschen Industrie und der Zentralverband des Deutschen Großhandels sind, veranlaßt durch jüngst zutage getretene Rechtsauflösungen in der Aufwertungsfrage gestern bei der Reichsregierung vorstellig geworden und haben folgendes vorgetragen:

Ungedacht ihrer Stellungnahme zu dem Inhalt der dritten Steuernotverordnung überhaupt und insbesondere zu der Frage, ob nun noch welchen Grundzügen hätte aufgewertet werden sollen, erklären die Wienerverbände: Nachdem seit einer Neunung der Aufwertungsfrage erfolgt ist, mit der Wirtschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen den größten Wert darauf legen, daß die durch die 2. Steuernotverordnung geschaffene Rechtgrundlage in der Aufwertungsfrage unter keinen Umständen — weder durch Rechtsprechung noch durch Gesetzgebung — erneut erschüttert wird. Dies fordert das Interesse an der Aufstellung der Goldbilanzen, an der Ermöglichung der Kreditbeschaffung, an der ordnungsmäßigen Finanzabwicklung von Geld, Ländern und Gemeinden und an einer dauernden Verbesserung der Wirtschaft überhaupt.

### Politische Tagesübersicht.

**Die Ergebnisse über das Volksbegegnen** in Bayern liegen nunmehr aus sämtlichen unmittelbaren Städten und Bezirksämtern vor. Danach wurden abgegeben: für Donaumarkt 169 733, in Oberbayern 120 559, in der Oberpfalz 155 931, in Oberfranken 122 970, in Mittelfranken 110 644, in Unterfranken 171 772, in Schwaben 161 297, zusammen 1 210 969 Stimmen. Für Verfassungskürzung: In Oberbayern 384 733, in Niederbayern 127 642, in der Oberpfalz 163 388, in Unterfranken 168 723, in Mittelfranken 93 553, in Oberfranken 111 825, in Schwaben 157 397, zusammen 1 156 748 Stimmen. Das ist von 4 067 000 Wahlberechtigten 29,8 Prozent bzw. 28,5 Prozent. Das endgültige Ergebnis wird vom Landeswahlrausch und vom Landtag festgestellt werden.

**Die Deutsche Rentenbank,** in deren Kreisen man eine inflatorische Wirkung der angekündigten Prämierung von neuem Sorge befürchtet, ist an das Reichsfinanzministerium mit der Frage herangetreten, ob und wie weit derartige Veränderungen gerechtfertigt seien. Es wurde von der Rentenbank eine Befreiung über diese Frage mit den zuständigen amtlichen Stellen angeregt.

**Die Völkischen** gegen ein Zusammensehen mit den Deutschnationalen. Nach einer Erklärung des Reichsringabgeordneten Wille lehnen die Nationalsozialisten und die Völkische Freiheitspartei den Gedanken einer Blockbildung mit den Deutschnationalen ab. Dagegen wurden die beiden politischen Richtungen ähnlich wie in Bayern mit einem politischen Block in den Wahlauslauf eingetreten. Den von den Volksständischen Verbänden erreichbaren Reichsbund sieht Wille als den völkischen Streben zuwiderlaufend an.

**Der Sozialdemokratische Parteitag,** der für den 30. März einberufen war, ist auf Einbruch der bayerischen Gewalten auf den 13. April im Landtagssitzungssaal verlegt worden. Sollte der Reichstag in den nächsten Tagen das Auflösung verfallen, so wären allerdings neue Tagespositionen notwendig.

**Uoch in Braunschweig** vor der Landtagsauflösung. Die Deutschnationale Volkspartei des Landes Braunschweig hat einen Auflösungsantrag über einen Börsenstreik wegen sofortiger Auflösung und Neuwahl des braunschweigischen Landtags unter Berücksichtigung der Wahl der Abgeordneten am 18. im braunschweigischen Ministerium des Innern eingereicht.

**Züringen beantragt** Fortdauer des Ausnahmestandes. Einer Rücksicherung aus Weimar folge, daß das thüringische Staatsministerium beschlossen, seinen Vorliegenden, den Minister Dr. Leutheusser, nach Berlin zu senden, um bei der Reichsregierung die Fortdauer des Ausnahmestandes in Thüringen zu beantragen, aber wenigstens die Beibehaltung von Truppen als Stütze der Regierungsgewalt anzugeben; der immer noch drohenden Gefahr kommunistischer Unruhen zuvorzudringen. Wie es weiter in der Weltung heißt, soll die dauernde Belegung von Weimar und Erfurt mit Reichswehrtruppen so gut wie geistig sein.

**Der amerikanische Petroleumskandal und Staatsbanken.** Die Demokraten haben eine Resolution angenommen, in der Präsident Coolidge aufgerufen wird, sämtliche in den Petrolenstandort verwickelten Beamten aus dem Staatsdienst zu entlassen.

**Mahnung zur Ruhe** an die Deutschböllischen in München. Die grobsozialistische Zeitung bringt unter dem Titel Adolf Hitler zum Beginn der volkseiglichen Verhandlung einen kurzen Auftritt an die Deutschböllischen, der besagt, es liege nicht im Sinne Adolf Hitlers, wenn diese während seiner Rechtfertigung irgendwelche Störungen der Verhandlung unternehmen.

**Die Franzosen** bezahlen die Separatisten. Das Regierungsgebäude in Teyler wird morgen bei zehnmillionen städtischen Kreissteuerung zurückzugeben.

**Die Separatisten** sind jetzt bis auf 50 Mann abtransportiert worden. Von den Mannschaften erhält jeder Verhetzter 250 Franken und jeder Unterbeamte 200 Franken bei der Entlassung. Das Geld wurde von den Franzosen zur Verfügung gestellt.

**Der drohende Bergarbeiterstreik in England.** Im Unterhaus fragte der Abgeordnete Turner-Somerville, welche Mittel die Regierung zur Abwendung des Bergarbeiterstreiks zu ergreifen gedenkt. Der Sekretär des Bergarbeitsamtes Shinnwell gab zur Antwort: Zwischen den Grubenbesitzern und den Kohlearbeitern dauern die Verhandlungen zurzeit noch an, ich werde auf dem Laufenden halten.

**Der neue japanische Botschafter in Berlin.** Der Reichspräsident hat gestern den neu ernannten kaiserlich japanischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Kumazawa Honda zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens und des Übertragungsschreibens des bisherigen kaiserlich japanischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschaftern Oh Sioh empfangen. Bei dem Empfange war der Reichsminister des Auswärtigen Tresemann zugegen.

### Sächsischer Landeskulturrat.

Da der gestern mittags unter dem Vorliege des wirtschaftlichen Steiger abgehaltenen Sitzung des Sächsischen Landeskulturrates wurde u. a. folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Sächsischen Landeskulturrat als die gesetzliche Vertretung der sächsischen Landwirtschaft hat die schwere Notlage, in welcher zurzeit die gesamte deutsche, insbesondere aber die sächsische Landwirtschaft sich befindet, lange Zeit durchdringend und rechtzeitig erkannt. Er hat nicht allein durch intensive Aufführung, durch Berichte, Blätter, Plakate usw., die breiten Volkskreise über die wirkliche Lage der Landwirtschaft zu unterrichten versucht, sondern auch bei den zuständigen Meßstätten erhoben, die unabdingbar Voraussetzung für die Lebens- und Schaffensmöglichkeit der Landwirtschaft sind, die unbekümmert gesetzten.

Die Landwirtschaft befindet sich heute mittler in einer Krise, wie sie schwerer nicht gedacht werden kann. Ohne Börsen und Sondervermögen ist sie der Konkurrenz des Auslandes ausgeliefert worden. Es hat sich infolgedessen ein Münzverhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Bedarfssättigung herangebildet, das eine Fortführung der Betriebe zur Unmöglichkeit macht. Das Preisdecken ist auf die Steuerabgaben, die nicht die geringste Mühe auf die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft nimmt. Alles Betriebskapital ist den einzelnen Wirtschaften entzogen worden; für den Zukunft von Düngemitteln und Saatgut bleibt nichts mehr übrig. Außerdem hält man trotz der ungünstig niedrigen Preise noch Baumwollnahmen aufrecht, die die Schaffensfreudigkeit der Landwirte völlig unterdrücken müssen. Unverständlich ist es der Landwirtschaft, dass der Auslandsmarkt aufgehoben werden soll. Es kann vor diesem Schritt nicht eindeutig genannt werden. Am vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit fordert daher die 72. Sitzung des Landeskulturrates: Aufhebung aller Abwandlungsbestimmungen gegenüber der Preisbewegung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, insbesondere der Wuchergerichte und der Landwirtschaftsprüfungsstelle; wesentliche Herabsetzung der leichten Steuerlasten; fortwährende Befreiung ungerechter Steuern, insbesondere der Zugsteuer; Vereinfachung von Doppelsteuerung (Weberbesteuer) und Vereinfachung der Steuerabgaben; Befreiung der Landwirtschaft von den Kosten der Arbeitslosenfürsorge; Schutz der Landwirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz; Kreditgewährung zu für die Landwirtschaft braubaren Bedingungen; Befreiung des Wucherhaftmusters zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und deren Bedarfssättigung; Aufrechterhaltung des Ausnahmestandes, um dem Landwirt die Möglichkeit zu geben, in Ruh und Ordnung seinen Betrieb weiterzuführen.

### Gründung der dritten Deutschen Leinen- und Wäschefabrik.

**Dresden.** Die dritte Deutsche Leinen- und Wäschefabrik wurde gestern in den süßen Nachmittagsstunden in den Räumen und Festsälen des ehemaligen königlichen Schlosses zu Dresden in Anwesenheit der Vertreter der Stadt Dresden unter Führung des Oberbürgermeisters Blüher, des sächsischen Landtages, der sächsischen Regierung, des Finanzministers Dr. Reinhold und des Kommandeurs des Wehrkreises 4, Generalleutnant Müller, die die Glückwünsche zum Gelingen der Ausstellung darbrachten, feierlich eröffnet. Die dritte Deutsche Leinen- und Wäschefabrik, die gegenüber den beiden vorhergegangenen eine bedeutende Erweiterung erfahren hat, legt neuerlich Bezug davon ab, welchen Aufschwung die deutsche Textilindustrie, die in Sachsen ihre hauptsächliche Vertretung besitzt, genommen hat. Besonders an die Gründung, die an diesem Tage erstmals auch der breite Öffentlichkeit angängig gemacht wurde, fand im Europäischen Hof ein geselliges Zusammensein im Kreise der deutschen, insbesondere der sächsischen Wäschefabrikanten statt.

### Vermischtes.

**Cooperworld** in Berlin. Am späten Abend des Sonnabends wurden in Berlin die Leichen der 60 Jahre alten Witwe Emma Trautmann und der bei ihr wohnenden Tochter, der 40-jährigen Witwe Else Hofmann, in der gemeinsamen Wohnung (Schleiermacherstraße 15) aufgefunden. Die Obduktion der Toten bestätigte die erste Annahme, daß Frau Hofmann das Opfer eines Mordes geworden und daß ihre Mutter als lästige Beugin der Tat von dem Mörder ebenfalls ums Leben gebracht worden ist. Das Ergebnis der Obduktion, soweit man es bis der grauenhaften Art des Verbrechens überhaupt der Oeffentlichkeit mittheilen kann, ist im einzelnen folgendes: Der Mörder, der wahrscheinlich von der Hofmann in die Wohnung mitgenommen wurde, ist mit ihr in die Küche gegangen. Im Nebenzimmer schlief die Mutter, Frau Trautmann, stark unter alkoholischen Einflüssen. In der Küche ist dann der Mörder über sein Opfer hergestiegen, hat ihm mit einem Küchenmesser den Hals durchschnitten, dann einen Stich in den rechten Augenwinkel versetzt und schließlich das Messer in die linke Brustseite gelassen. Darauf hat der Mörder mit einem drei Millimeter starken Anbruch sein Opfer ertröft. Er hat Frau Hofmann weiter durch Fleisch im Gesicht verletzt und schließlich mehrfach geflüstert. Der Mörder muß noch mit seinem Opfer beschäftigt gewesen sein, als Frau Trautmann durch den Raum erwachte und sich aus dem Bett erhob. Der Mörder eilte in die Stube, fiel über die alte Frau her und mürkte sie so lange, bis der Tod eingetreten war. Aufzufällig ist, daß die Lage der Leiche der Frau Hofmann mit der Lage übereinstimmt, in der die Leiche der Frau Trautmann gefunden wurde. In beiden Fällen waren den Leichen die Kleidungsstücke mit brutaler Gewalt von dem Körper gerissen und später wieder übergezogen worden. Wegen des Doppelmordes ist der Untersuchungsratster der Schutzpolizei, der zuletzt mit den beiden ermordeten Frauen zusammengetreten ist und als Zeuge

gesucht wurde, gestern vormittag, abberam gekommen worden, da auf ihn ein gewisser Verdacht fiel und der Verdächtige Wachmeister hat angeklagt worden. Der Verdächtige Wachmeister hat angeklagt, daß er mit den beiden Frauen nach Besuch verschiedener schwer betrunken Frau Trautmann zu Bett gebracht habe, habe er sich mit Frau Hofmann in der Nähe aufzuhalten. Diese habe ihn schließlich gefragt, wieviel Geld er noch habe. Daß er sei zum Streit und zur Bluttat gekommen. Erst hernach habe er sich entschlossen, die einzige Zeugin der Tat aus dem Wege zu schaffen. Er habe dann die betrunke Frau Trautmann aus dem Bett gezogen und sie erwürgt.

**Die Grippe-Epidemie.** England und vor allem die Hauptstadt des Landes haben augenblicklich sehr unter einer schweren Grippe-Epidemie zu leiden. Die Statistik verzeichnet, in London in der letzten Woche nicht weniger als 122 Todesfälle als Folge von Influenza gegen 74 und 49 in den beiden vorhergehenden Wochen. In den größeren Städten des Landes betrug die Zahl der tödlichen Grippefälle 237 gegen 236 in der Vorwoche. Und das Gesundheitsministerium sagt in einem Kommentar zu dieser Statistik noch, daß der Höhepunkt noch lange nicht erreicht sei.

**Das älteste Gewehr.** Wann und wo die ersten Handfeuerwaffen aufkamen, weiß kein Mensch. Sie waren auf einmal da und tauchten, wie Epochen berichten, um Jahr 1340 in verschiedenen Orten zugleich auf. Sie wurden mit Pulver, Pfeilen und Kugeln geladen und man feuerte sie ab, indem man einen abfließenden Haken oder eine brennende Bunte an die Pulverpistole hielt. Das älteste Gewehr scheint sich aber im Museum für Völkerkunde in Berlin zu befinden. Es ist aus Bronze gegossenes Gewehr, das 35 Centimeter in der Länge nicht und die chinesische Aufschrift Kaiser Hung 10, im 10. Jahr, 7. Monat trägt. Das 19. Jahr der Regierung dieses chinesischen Kaisers war unser Jahr 1421. Doch deuten die Bauteile, die sich auf dieser Völkerkunde befinden, an, daß dieses Gewehr noch 120 Jahre älter sein muß, als die früheste Nachricht von Pistolen überhaupt.

### Böllswirtschaftliches.

**Sächsische Lebenshaltungsrichtzahl.** (Mitteilung des Sächsischen Statistischen Landesamtes.) Nach den Preisfeststellungen vom 25. Februar 1924 sind vom Statistischen Landesamt folgende Richtzahlen der Lebenshaltungskosten (1914/15 = 1) berechnet worden: Gesamtindex (inkl. Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) 1.069 Billionen. Gesamtindex ohne Bekleidung 1.010 Billionen. Am 18. Februar 1924 betrug der Gesamtindex (inkl. Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) 1.057 Billionen und ohne Bekleidungskosten 1.007 Billionen. Von 18. bis 25. Februar 1924 sind mitinl. die Preise der bei der Leistungsfähigkeit berücksichtigten Güter um 1,1 bzw. 0,8 v. H. gestiegen.

**Bedeutende Preissteigerung für russische landwirtschaftliche Erzeugnisse.** In den letzten Monaten ist ein bedeutsamer Steigen der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und der Bedarfssättigung herangebildet, das zum Teil durch den Ausbau des Getreideexports hervorgerufen wird. Angestiegs der unveränderten teilweise sogar abgedeckten Industriepreise seitdem die festgenden Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse die Basis für die Bauernwirtschaft, was wiederum die Löhung der Absatzkräfte in der Industrie und regeren Handelsverkehr zwischen Stadt und Land zur Folge hatte. Das heutige kleine verhältnismäßig stabilen Geldes im breiten Verkehr verhinderte jedoch die Bildung stabiler Preise. Durch übertriebene Preissteigerung versuchten die Verkäufer, sich gegen Geldentwertung zu schützen. Gegenwärtig trifft die Regierung im Interesse der nunmehr begonnenen Finanzreform verschiedene Maßnahmen wirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Natur zur Stabilisierung und zum planmäßigen Abbau der Preise. Eine Reglementierung der Preise wurde vorläufig nur in den wichtigsten Zentren wie Moskau herbeigeführt, wo bereits eine Verordnung über feste Preise herausgegeben worden ist. Ferner in Petersburg, in Baku und im Donezbeden. In staatlichen sowie in privaten Handels- und Industriekreisen erblieb man in diesen Maßnahmen eine Burgschaft für den Erfolg der allgemein begrüßten Finanzreform.

**Berliner Börse am Dienstag.** Die Haltung der Märkte an den getroffenen internationalen Börsenplätzen war nicht ganz einheitlich, doch ließen sich die Veränderungen in ziemlich engen Grenzen. Aus New York wird ein Kurs von 21 bis 22,25 gemeldet, was einer kleinen Parität von 4,54 bis 4,59 Billionen Mark für den Dollar entspricht. In London war eine kleinere Steigerung festzustellen, und zwar notierte die Mark 18,75 gegen 19 am Vorabend. Auch heute dürfte dies mit der Abschwächung des englischen Pfunds an den internationalem Märkten, namentlich in New York, in Zusammenhang zu bringen sein. Aus Zürich wird die Mark etwas steigen, und zwar mit 1,32½ nach 1,31 gemeldet. In Amsterdam dagegen war ein Rückgang festzustellen. Die Notiz für die deutsche Währung ergab dort 0,50%. Der französische Franc konnte seine leise Heilung auch am gestrigen Tage bewahren. Aus London wird ein Kurs von 97,70 gegen 98,98 aus New York ein solcher von 4,56 gegen 4,55 aus Zürich 25,65 gegen 24,85 und aus Amsterdam eine Notiz von 11,80 gegen 11,55 gemeldet. Das englische Pfund erfuhr, wie bereits erwähnt in New York eine Abschwächung von 4,81% auf 4,80. Die Kauforder des Publikums sind wiederum minimal. Die Spekulation bleibt ebenfalls zurückhaltend, während sich die Käufe aus dem Auslande etwas vermehrt haben. Auch das Rheinland ist wieder stark interessant.

### Marktbericht.

**Allgemeine festgestellte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 26. Februar.** Getreide und Getreidearten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg. (Im Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.) Weizen märkischer 164—170, mecklenburgischer 160—165. Roggen, märkischer 184—190, pommerscher 180—184, mecklenburgischer 180 bis 182. Gerste, Graugetreie 165—181, Rautergerste 142—155. Hafer, märkischer 112—118, pommerscher 107—114, mecklenburgischer 104—108. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto int. Sad. Seife Mark über Notiz 25,50—27,25. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto int. Sad 21,75—23,75. Weizenkleie frei Berlin 8,70—8,80. Roggenkleie frei Berlin 7,20—7,30. Naps 29,50. Leinfaun 415—435. Bittergerste 27—28. Kleine Speiseflocken 17—18. Rautergerste 12—13. Leinfaun 12 bis 13. Aderbohnen 18—14. Wiesen 18—14. Lupinen, blau 14—14,50, gelbe 15—16,50. Sennadella 18—14. Kapotuchen 10,60—11. Leinfaun 21—22. Troschenhiesel 8,10—8,20. Vollwertige Butterknödel 16—22. Käsemelasse 30,70, 8,50 bis 8,60. Kartoffelknödel 17—17,20.

**Heutiger Dollarkurs (amtlich): 421050000000**  
(unverändert).

**SCHREIBMASCHINE MERCEDES**  
gegen erleichterte Zahlungsbedingungen  
**M. & R. ZOCHER, DRESDEN.**

